

CARTE BLANCHE

## Zukunft: aberkannt

Ein tödlicher Streit im «Gampeler Asylzentrum» – wie es die Presse fälschlicherweise nennt – anfangs Juli 2012 hat den Eschenhof in die Schlagzeilen gebracht. Das Drama fand jedoch nicht in einem Wohnheim für Asylsuchende, sondern im «Sachabgabezentrum» statt. Hier gibt es nur noch «Nothilfe».

Mit Asyl und mit Asylbewerbern hat der Eschenhof nicht viel zu tun. Wer hier lebt, ist eine Abgewiesene. Ein Rechtloser. Eine Illegale. Ihre Asylgesuche haben sie nach Jahren mit einem negativen Entscheid zurück erhalten. Was steht wohl in einem solchen Dokument? Vielleicht gibt es darin eine Rubrik mit dem Stempel: ERLEDIGT. Oder noch treffender: WEG! Wohl wird es auf dem Papier einen Stehsatz geben, der sinngemäß lautet, der Flüchtlingsstatus werde dem Asylsuchenden ABERKANNT. Die Verneinung eines vernünftigen Flucht-motivs trifft alle diese Menschen persönlich in ihrer Ehre.

Von außen betrachtet ist das Sachabgabezentrum Eschenhof beinahe idyllisch gelegen. Im Berner Seeland, in der Nähe von Witzwil. Wenn dort ein Krimineller aus dem Gefängnis ausbricht, kann er sich im Seeland nirgends hinter einem Hügel verstecken. Alles ist flach in dieser Umgebung. Aus dem Eschenhof aber braucht niemand auszubrechen. Seine Türen sind auch nachts offen. Abschliessbare Zellen gibt es nicht. Denn wer hier wohnt, darf eigentlich gar nicht hier sein.

**«Die Verneinung eines vernünftigen Flucht-motivs trifft alle diese Menschen persönlich in ihrer Ehre.»**

Den Leiter nennen die BewohnerInnen «Chef». Aber er ist ein sympathischer Kerl. Er vollzieht die gesetzlichen Vorschriften über abgewiesene Asylbewerber. Das ist eine Drecksarbeit, würden viele sagen. Er nicht. Er arbeitet mit der maximal zugelassenen Portion Menschlichkeit. Seine Schutzbefohlenen sind die NO FUTURE-GenossInnen. Sie sind abgewiesen aber noch nicht ausgewiesen, noch nicht ausgeschafft. Weil es auf der ganzen Welt keine Destination mehr gibt, die sie aufnehmen möchte.

Sie arbeiten tagsüber. Küche, Waschküche, Stube, Freizeiträume, Büros putzen. Garten jäten, pflegen, spritzen. Dafür gibt es Gutscheine. Einlösbar im Laden. 83 Artikel – was man so zur Not gebrauchen kann - sind hier gegen Gutscheine erhältlich.



**Solidarité  
sans  
frontières**

**BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**NR. 3, SEPTEMBER 2012**

**WWW.SOSF.CH**



**Die Bilder dieser Ausgabe enthalten  
Impressionen zur Demo vom 23. Juni und  
zum Europäischen Marsch der Sans-Papiers.**

Was ihre Arbeit nicht hergibt: Lohn, Bargeld. Manchmal können die BewohnerInnen des Eschenhofs mit ihren Gutscheinen im Konsumzentrum in der Nähe etwas Billiges kaufen und dann kriegen sie aus Barmherzigkeit Herausgeld in Schweizer-Franken und -Rappen. Ansonsten: NO CASH und NO CREDIT. Einziger Ausweg: nachtsüber das gelegentliche Stehlen und Klauen, das Dealen und die Prostitution. Und manchmal einfach das Erbetteln von ein paar Schweizerfranken. Dann haben sie wenigstens wieder einen politischen Status: sie sind «Kriminelle».

Gefangen im Kampf des Überstehens trostloser Alltage hätten die BewohnerInnen des Eschenhofs zwar Zeit, um sich über ein Nachher Gedanken zu machen. Allein die völlige Ungewissheit ihrer Zukunft verhindert so etwas wie Hoffnung. Weder hier noch anderswo haben sie eine Zukunft. Sie wird ihnen genommen, gestohlen, aberkannt. Im Namen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, deren Bundesverfassung in Artikel 7 gebietet: Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen. ☹

Oswald Sigg,  
ehemaliger Bundesratssprecher

**Enthemmte  
Debatte**

**Seiten 2-3**

Am Stammtisch der Asylpolitik

**Europäischer  
Marsch  
der Sans-Papiers**

**Seite 4**

Europa von links unten (23)

**An Deiner  
statt**

**Seiten 5-8**

Stimmen von Betroffenen - Dossier

WENN DER STAMMTISCH DIE ASYLPOLITIK BESTIMMT

# Eine enthemmte Debatte

**Ist es die schiere Angst vor dem «schwarzen Mann», die die aktuelle Stammtischpolitik im Asylwesen prägt? Wie eine enthemmte Debatte im Nationalrat entstehen konnte und auf welche Aspekte eine Gegenoffensive ihren Fokus setzen könnte.**

Die Demo vom 23. Juni 2012 (siehe Bilder dieser Ausgabe) setzte ein unmissverständliches Zeichen gegen eine erneute Verschärfung des Asylgesetzes. Rund 5 000 Menschen folgten dem Aufruf. Eine stattliche, wenn auch angesichts des hochaktuellen Themenbezugs leider keine überragende Zahl. Zehn Tage zuvor hatte der Nationalrat über die Asylgesetzrevision beraten und die Vorlage von Bundes- und Ständerat noch weiter verschärft. Massiv. Unverfroren. Von der Realität ein grosses Stück entrückt. Die Beschlüsse des Nationalrats kamen einer eigentlichen Zerlegung des Asylrechts gleich: Hier das Familienasyl streichen, da Internierungslager bauen, dort Botschaftsverfahren abschaffen. Sachliche Auseinandersetzungen? Man vermisste sie schon im Vorfeld der Debatte (siehe vorletztes Bulletin, S.2/3 «So geht es nicht!») und erst recht im Rat selber. An ihre Stelle traten individuelle Profilierungssucht und Selbstdarstellung, jederzeit legitimiert durch das Bedürfnis, im Namen des Volkes «ein Zeichen zu setzen». Assiiert von einer mehrheitlich desinformierten wie mutlosen «Mitte» spielten SVP und FDP erfolgreich ein altbekanntes Spiel: Je dreister die Forderung, desto schärfer der spätere Konsens. Nothilfe für alle? Der Ständerat wird es wieder drehen, die Linke diese Rolle rückwärts als Erfolg feiern und die Rechte hat somit, was sie will: den ganzen Rest.

Angesichts der enthemmten Debatte wurde es selbst manchem Journalisten Bange. «Ein unheimliches Gefühl, wenn es durch das Parlament schallt wie am Biertisch», schrieb Renato Beck in der «Tageswoche». Der Schriftsteller Lukas Bärfuss schrieb im «Tagesanzeiger» von «Schande» - was bei einigen Mitte-ParlamentarierInnen immerhin das Bedürfnis nach Rechtfertigung weckte. Das an Boshaftigkeit grenzende Bedürfnis nach diesem «Zeichen», das man so dringend setzen muss, das blieb jedoch bestehen. Und weitet sich aus.

## Vorbeigeschossen

Weshalb aber will der nationalrätliche «Stammtisch» eigentlich ein Zeichen setzen?

2 Gemäss dem Empfinden der «Volksseele»

und einem Teil der Medien scheint die Situation im Asylwesen schon lange komplett ausser Kontrolle. Die Ursachen für dieses Empfinden liegen auf der Hand. Seit Anfang 2011 gestiegene Asylgesuchszahlen führen zu einem anhaltenden Unterbringungsengpass im Asylbereich. Aus dem Unterbringungsengpass resultiert indirekt eine erhöhte physische Präsenz von Asylsuchenden im öffentlichen Raum. Ein Grossteil dieser Asylsuchenden sind junge afrikanische Männer, von denen einige wenige für einen Anstieg vorwiegend kleiner Delikte verantwortlich zeichnen. Jede solche Handlung wird von einem Grossteil der Medien bereitwillig skandalisiert. Die pauschale Schlussfolgerung daraus ist fatal, sie lautet: Junge Männer aus Afrika missbrauchten unser Asylsystem, übervölkerten unsere Plätze und begingen Straftaten; da ihre Asylgesuche

**«Der Asylbereich ist eigentlich Teil der Sozialpolitik. Es geht hier um die sozialen Bedürfnisse von Menschen. Doch diese Auffassung ist weder in der Legislative noch auf Vollzugsebene grundlegend vorhanden.»**

überwiegend negativ behandelt werden, könnten sie gar nicht «echt» sein; ergo sei die Schweiz für Asylsuchende zu attraktiv, habe dementsprechend zu viele Asylgesuche und nicht einmal mehr Platz für «echte» Flüchtlinge. Deshalb erscheinen alle nur erdenklichen Massnahmen gegen solch «unechte» Asylsuchende legitim: sowohl diejenigen, die der Nationalrat neu im Gesetz verankern will als auch jene, mit denen die Kantone sich aktuell hervortun: Die Einführung von Rayonverboten und Eingrenzungen für «kriminelle» Asylsuchende in Kreuzlingen und im Kanton Zürich; Eine Ausgangssperre und eine generelles Handyverbot für Asylsuchende in der Stadt Luzern. Oder die Erfassung

der DNA-Profile aller Asylsuchender, wie das der jurassische Polizeichef fordert. BFM-Chef Mario Gattiker propagiert im «Sonntags-Blick» kurz und bündig: «1. Handy-Verbot! 2. Ausgangssperre! 3. Knast!».

Das wahrhaft Bedenkliche an all diesen Strategien, Massnahmen und Verschärfungen ist ihre Unreflektiertheit. Zum einen treffen diese Massnahmen nicht nur jene Asylsuchenden, die als kriminell gebrandmarkt werden, sondern auch alle anderen. Die Delikte einiger weniger, auch wenn es grossmehrheitlich geringfügige sind, sollen als Legitimationsbasis zur breit enthemmten Verschärfungspolitik dienen. Zum anderen basiert die Politik der Zeichensetzung auf einigen nur schwer haltbaren Aussagen und bewussten Falschanalysen. Was bisher ein typisches Mittel rechtspopulistischer (Migrations-)Politik war, findet derzeit bis hinein in die rechte Hälfte der Linken Anklang. Dass dabei die (vorgegaukelten) Ziele der laufenden Asyldebatte aus dem Blickfeld geraten, versteht sich fast von selbst.

## 1) Der «Missbrauch»...

...muss bekämpft werden. So hört und liest man es überall. Ist es «Missbrauch», in ein anderes Land zu reisen und dort Schutz oder eine Perspektive zu suchen? Mit Sicherheit nicht. Aktuell sieht sich die Schweiz mit einer grösseren Anzahl von MigrantInnen konfrontiert, die offenkundig das Zweite suchen. Diesen Menschen wirft man «Missbrauch» des Asylverfahrens vor. Ist die Schweiz gewillt, eine Alternative für diese Menschen zu ersinnen? Nein. Man darf unterschiedliche politische Ansichten über die Arbeitsmigration von ausserhalb des Schengenraums haben. Sie auf Grund des Mangels an Alternativen als «Missbrauch» zu bezeichnen und darauf gestützt Gesetzesverschärfungen zu erlassen, ist allerdings reiner Populismus. Kein einziges Problem wird dadurch gelöst.

## 2) Die Attraktivität der Schweiz...

...ist nur bedingt ausschlaggebend für das Migrationsverhalten. Das müsste man aus den bisherigen Verschärfungen des Gesetzes ge-

lernt haben. Oder glaubt jemand im Ernst, dass Menschen hierher kommen, weil das Leben von Nothilfe im Zivilschutzbunker so schön ist? Auch noch mehr Härte würde nicht das gewünschte Resultat bringen. Menschen migrieren - und das zu Recht. Punkt. Sie migrieren und flüchten wegen und vor der Situation in ihrem Herkunftsland - und nur sekundär wegen dem, was sie in ihrem möglichen Zielstaat erwartet. Insbesondere die Marktgläubigen aus FDP und SVP sollten ihre Überzeugungen hinterfragen, wenn sie über eine Senkung der Attraktivität dem Angebot das Diktat über die Nachfrage zuschreiben.

### 3) Die Beschleunigung der Asylverfahren...

...ist es, die als Ziel der laufenden Asylgesetzrevision verkauft wurde. All überall wird über die Notwendigkeit dieser Beschleunigung gesprochen und niemand stellt einen zumindest partiellen Nutzen grundsätzlich in Abrede. Allerdings muss man die Beschleunigung der Verfahren äusserst kritisch beäugen und dabei vor allem die Rechte der Asylsuchenden wahren. Die bislang unbeantwortete Gretchenfrage lautet aber, welche Konsequenzen schnelle Verfahren auf die EmpfängerInnen negativer Asylentscheide haben. Hier sind keine echten Lösungsansätze vorhanden, was im krassen Widerspruch zu globalen Migrationstendenzen steht.

Die laufende Asylgesetzrevision beschleunigt indes überhaupt gar nichts, sondern baut lediglich Verfahrensrechte und Zugangsmöglichkeiten für Asylsuchende ab. Die Beschleunigung der Verfahren zum Wohle der «echten» Asylsuchenden ist vorgegaukelt.

### 4) Der Unterbringungsengpass...

...im Asylbereich ist durch die Behörden selbst verschuldet. Wir haben in der Schweiz nicht zu viele Asylgesuche, sondern zu geringe Kapazitäten. Und das schlicht deshalb, weil man weder dazu bereit ist, die vorhandenen Kapazitäten auszubauen, noch dazu, die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es fehlt der politische Wille. Die politischen Kräfte, welche zusätzliche Verschärfungen als Lösungsansätze preisen, wissen deshalb sehr genau, dass ihre Rezepte längerfristig nichts taugen.

### 5) Die Optik eines polizeilichen Vollzugsbeamten...

... ist es, die diesen Falschanalysen zu Grunde liegt. Der Asylbereich ist eigentlich Teil der Sozialpolitik. Es geht hier um die sozialen Bedürfnisse von Menschen. Doch diese Auffassung ist weder in der Legislative noch auf Vollzugsebene grundlegend vorhanden. Flüchtlinge und Asylsuchende werden in



erster Linie als illegitim ankommende Sozialmissbraucher oder gar als Kriminelle wahrgenommen. Diese Auffassung stellt den Kern der aktuellen Debatte dar. Sie spiegelt sich zum Beispiel in der Praxis des Bundesamtes für Migration (BFM) wider, per dringlichem Bundesbeschluss Asylgesuche aus dem Balkan prioritär abschlägig zu behandeln, um die Unterbringungskapazitäten im Asylbereich zu erhöhen. Sie zeigt sich auch in der Asylgesetzrevision in Form des Vorgesprüches (Art. 25a), bei dem potentiell «unechte» Asylsuchende von der Einreichung eines Asylgesuches abgehalten werden sollen. Diese Optik erstickt alternative Ansätze im Keim und ist die eigentliche Malaise, die es zu durchbrechen gilt.

### Ein Frontalangriff ist nötig

Wenn dieses Bulletin erscheint, wird der Ständerat in seiner Herbstsession über die Verschärfungen aus dem Nationalrat beraten. Bereits im Vorfeld zeichnet sich heute

ab, dass das Machtspielchen der politischen Rechten dann einmal mehr aufgehen wird. Der «politische Köder» der «Nothilfe für alle» wurde der Linken hingeworfen und sie hat sich darauf gestürzt. Es droht das Eingangs erwähnte Szenario, dass sich die politische Linke von einem Scheinerfolg blenden und eine Asylgesetzrevision, die schärfer, umfassender und weitgreifender als die letzte ist, ohne adäquates Gegenrezept passieren lässt. Gegen die letzte Revision wurde vor acht Jahren das Referendum ergriffen. Heute scheint dies aus verschiedenen Gründen weder opportun noch ausreichend. Auf eine derart enthemmte politische Debatte wie wir sie im Juni 2012 im Nationalrat erlebt haben, kann statt einer Reaktion nur ein Frontalangriff erfolgen. Ein umfassender Gegenentwurf zur Vollzugsmentalität muss her. Solidarité sans frontières wird ihn in Angriff nehmen.

(Ca)

EUROPA VON LINKS UNTEN (23)

# Europäischer Marsch der Sans-Papiers und MigrantInnen

**Am 2. Juni starteten in Brüssel 150 papierlose LäuferInnen ihren Marsch durch Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Frankreich, Deutschland, die Schweiz und Italien, um am 4. Juli das EU-Parlament in Strassburg zu erreichen. Beim Überqueren der Staatsgrenzen kam es zu atemberaubenden Szenen tanzender Sans-Papiers.**

Am 21. Juni überquerten die Sans-Papiers zusammen mit 250 AktivistInnen am Zoll Otterbach bei Basel die Grenze zur Schweiz. Vor Ort hielt einer der Sprecher des Marsches, Sissoko Anzoumane, fest: «Jeder afrikanische Präsident hat das Recht in diesem Land ein geheimes Bankkonto zu besitzen. Wir Afrikaner und Afrikanerinnen jedoch werden wie Kriminelle behandelt, wenn wir hier arbeiten.» Tags darauf fand in Basel ein migrationspolitischer Stadtrundgang statt, der unter anderem an internationalen Chemiekonzernen und Grossbanken sowie der Ausschaffungsfluggesellschaft Hello vorbeiführte. Dabei wurde deutlich, in welchem Masse Institutionen mit Sitz in Basel die Probleme der MigrantInnen mitverursachen.

Am 23. Juni schlossen sich die marschierenden Sans-Papiers in der Bundeshauptstadt den 5 000 TeilnehmerInnen der gesamtschweizerischen Demonstration gegen die Verschärfung des Asylrechts und für eine offene Migrationspolitik an. Zuvor hatten sie den Asylbunker im Hochfeld besucht, um sich mit dessen BewohnerInnen zu solidarisieren. Das unterirdische Asylzentrum wird von der ORS AG verwaltet, einem profitorientierten Unternehmen, das auch anlässlich der nächsten Etappe in der Kritik stand: Der Marsch führte am 24. Juni nach Wünnwil zu einer weiteren von der ORS AG geführten Zivilschutzanlage. Die Bedingungen in den beiden Bunkern zeigen, wie sich im Zuge der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Aufgaben die Rechte und Lebensbedingungen der Asylsuchenden den Gesetzen der Konkurrenz und der Logik des Kapitals unterordnen müssen.

Am 25. Juni verliess der Marsch die Schweiz Richtung Italien. In Chiasso mobilisierten sich nochmals über 200 AktivistIn-

nen zu einer Solidaritätsdemonstration. Auf dem Rückweg fand am 2. Juli in der Schweiz eine abschliessende Aktion statt, an der über 150 AktivistInnen gegen das Ausschaffungsgefängnis in Frambois demonstrierten. Die Polizei löste die Demonstration jedoch gewaltsam auf.

## CSP75 - Die Initiatorin aus Paris

Die «Coordination 75 des Sans-Papiers» (CSP75) aus Paris hatte für das ganze Projekt eine wichtige Rolle. Sie hatte die Initiative zu diesem Marsch ergriffen und prägte ihn auch bis zum Schluss auf beeindruckende Weise. Während Sans-Papiers aus Deutschland, Italien, Belgien oder der Schweiz eher an einzelnen Etappen teilnahmen, waren praktisch alle ständigen LäuferInnen bei der CSP75 organisiert. Die CSP75 sticht nicht nur durch ihren Mobilisierungserfolg hervor:

1. Das Kollektiv blickt bereits auf eine längere Geschichte mit zahlreichen engagierten Kämpfern zurück. Bekannt wurde es unter anderem durch eine sechsmonatige Besetzung des Gewerkschaftshauses der CGT, der grössten französischen Gewerkschaft. Die CSP75 führte bereits verschiedene grosse Märsche durch und brachte somit eine grosse Erfahrung in den diesjährigen Marsch ein.

**«Jeder afrikanische Präsident hat das Recht in diesem Land ein geheimes Bankkonto zu besitzen. Wir Afrikaner und Afrikanerinnen jedoch werden wie Kriminelle behandelt, wenn wir hier arbeiten.»**

2. Der CSP75 wird autonom von den Sans-Papiers getragen. Fast alle Marschteilnehmenden der CSP75 waren selber Sans-Papiers. Sie übernehmen dabei sämtliche politischen, sozialen, kulturellen oder finanziellen Aufgaben, wie z.B. Megaphon-Spea-

kerIn, T-Shirt-VerkäuferIn, TänzerIn, KassiererIn, welche für die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Kollektivs entscheidend sind.

3. Während in anderen Sans-Papiers-Kollektiven der Umgang mit bewegungsinternen Hierarchien rasch und grundsätzlich vor Herausforderungen stellt, kennt die CSP75 mit Sissoko Anzoumane einen politischen Sprecher mit hohem Einfluss auf Entscheidungen des Kollektivs. Sein Einfluss scheint auf einem starken Konsens der AktivistInnen zu beruhen, die ihn in einer hohen Masse respektieren und vertrauen.

4. Die CSP75 ist weniger niederschwellig zugänglich als andere Kollektive. Sie fordert von ihren AktivistInnen ein hohes Mass an Engagement, Ernsthaftigkeit und Disziplin ein. Wer regelmässig an Mobilisierungen teilnimmt, der soll eher regularisieren werden. Wer den bewegungsinternen Normen widerspricht (z.B. Straftaten begeht), kann seinen Mitgliederstatus verlieren.

## Transnationale Vernetzung

Schengen-Dublin, zentrale Datenbanken oder Frontex zeigen, dass die Migrationspolitik zunehmend gesamteuropäisch koordiniert und verwaltet wird. Wer heute also aufrichtig eine kollektive Regularisierung und globale Bewegungsfreiheit für alle fordert, sieht sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, Widerstand grenzüberschreitend zu organisieren. Über den Marsch stellten sich die beteiligten Sans-Papiers-Kollektive trotz erwähnter Unterschiede dieser Herausforderung.

Um sich aus innerstaatlichen Sackgassen zu befreien und auf länderübergreifende Entwicklungen zu reagieren, brauchen Sans-Papiers-Kollektive gemeinsame Widerstandserfahrungen, gemeinsame Perspektiven und Momente der Reflexion, des Austausches und der Freundschaft. Es ist zu wünschen, dass die Europäische Koalition der Sans-Papiers und der MigrantInnen (EKSM), die im Hinblick auf den Marsch gebildet wurde und ihn organisierte, in diesem Sinne auch weiterhin bestehen bleibt.

Philippe Blanc

## Kein Schutz – nicht mal vor dem Regen?

**Über Asylsuchende wird geredet – über sie. Es geht auch anders.**

Es reden PolitikerInnen, BürokratInnen, PolizistInnen. Das Gerede dauert schon eine geraume Zeit. Es bildet die gellende Hintergrundmusik der zehnten Asylgesetzrevision, die schon ein Sammelsurium von Zwangsmassnahmen war, bevor sich der Nationalrat im Juni des Geschäfts annahm und die Konkurrenz um den Titel des «schärfsten Hundes» im Parlament ausbrach. (Wählen Sie Ihren Kandidaten: Heinz Brand – SVP, Philipp Müller – FDP, Gerhard Pfister – CVP oder gar den Newcomer Martin Bäumle – GLP?)

Das Gerede riss auch nach der Sommersession nicht ab, denn erstens muss der Ständerat im September entscheiden, ob er den nochmaligen Verschärfungen des Nationalrats folgt. Zweitens blüht uns gleich anschliessend eine elfte Asylgesetzrevision, bei der dann die Frage der Bundeszentren ansteht, aus denen die genannten scharfen Hunde womöglich Bundesinternierungslager machen. Und drittens ist gerade Sommer, «Saure-Gurken-Zeit», weswegen die, die da über die Asylsuchenden reden, viel Zeit im Fernsehen und ganze Seiten in Zeitungen erhalten.

### Die falsche Einigkeit

Jene, die das grosse Wort führen, scheinen sich einig: Erstens, es seien zu viele. Seit das autoritäre Regime in Tunesien zusammenbrach, der «arabische Frühling» begann und der gefährliche Weg über das Mittelmeer plötzlich wieder offen war, scheint das schweizerische Boot wieder einmal voll. Wen kümmert da, wenn die wirklich vollen Boote im Meer versinken?

Zweitens, sie seien keine Flüchtlinge, sondern suchten nur Arbeit und ein besseres Auskommen. «Wirtschaftsflüchtlinge» hiess das lange. Aber: Ist es nicht seltsam, dass man gerade in der Schweiz, wo Fleiss und Arbeitsamkeit als ewige nationale Werte gelten, über Leute herzieht, die Arbeit suchen?

Und drittens, sie seien renitent, dissozial oder einfach nur kriminell: Auch das hatten wir schon. Einst waren die Tamilen die Bösen. Mal hiess es, der Drogenhandel befände sich in der Hand von Kosovo-Albanern, mal in der von Schwarzafrikanern. Und nun die Nordafrikaner: Sie legen eine «explosive Promiskuität» (Le Temps) und ein «ungewohnt aggressives und rüdes Verhalten» an den Tag, sie «gehen auf Diebes-



**Solidarité  
sans  
frontières**

**DOSSIER 3 – 2012  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**SEPTEMBER 2012**

**ASYLDEBATTE - AN DEINER STATT**



tour» und «brechen vermehrt Autos auf», (Tagesanzeiger). Alle haben sie Straftaten begangen, belehrt uns der jurassische Polizeichef Olivier Guéniat. Ja, schon ihre schiere Präsenz flösst Angst ein, erklärt sein Luzerner Kollege Beat Henseler: «Wenn 70 Nordafrikaner unter dem KKL-Dach Schutz vor Regen suchen, wirkt das allein aufgrund der Masse bedrohlich.»

### Zugehört und aufgeschrieben

Über Asylsuchende wird geredet. Und wenn man nun mit ihnen reden würde? Wenn man zuliesse, dass sie ihre Geschichte erzählen, ihr Bild von der Schweiz zeichnen und ihre Forderungen oder gar Wünsche formulieren? Genau das haben 29 Schweizer AutorInnen der Gruppe «Kunst+Politik» getan: Sie «haben ebenso viele Nothilfe-BezügerInnen, Sans-Papiers und abgewiesene Asylbewerber getroffen und mit ihnen Gespräche geführt. Sie haben ihnen ihr Ohr geliehen und geben ihnen eine Stim-

me.» Die Sammlung der Texte heisst «an Deiner statt». Drei von ihnen geben wir hier wieder.

(Bu)



**Dossier aus dem  
Bulletin 3 – 2012**

**Solidarité sans frontières  
Schwanengasse 9  
3011 Bern  
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch  
Fon 031 311 07 70  
Fax 031 312 40 45**

**PC 30-13574-6**

RUDOLF BUSSMANN

## Kafka mit Velo

Wie er lacht!

Er lacht viel und gern. Man würde nicht vermuten, dass er eine folgenschwere Entscheidung getroffen hat: Er will die Schweiz verlassen und nach Pakistan zurückkehren. Doch er kann nicht zurück.

Dafür müsste er belegen, dass er ist, der er ist. Er müsste beweisen, dass er Pakistaner ist. Das sollte doch nicht so schwierig sein? Seine Eltern leben im Punjab, und er spricht ausser seiner einheimischen und der Verkehrssprache Urdu keine asiatische Sprache. Aber ohne Pass lässt man ihn nicht ausreisen, und den Pass verweigert ihm die pakistanische Botschaft. In der Schweiz darf er keine Arbeit annehmen. Seine Hauptbeschäftigung ist das Warten.

Name:	Baba*
Vorname:	Muhammad Bilal
Geburtsdatum:	12.05.1984
Zivilstand:	ledig
Adresse:	unstet

Im Jahr 2006 wanderte Bilal legal und mit all seinen Papieren versehen aus seiner Heimat aus. Ein Jahr arbeitete er am neuen Ort in einem Restaurant. Dann reiste er per Schiff illegal in ein europäisches Land. Als das Schiff anlegte, verlangte der Schlepper mehr Geld, und da Bilal nicht bezahlen konnte, bekam er sein Gepäck nicht zurück. Darin war alles, was er bei sich hatte, auch sein Pass, seine Schulabschlüsse, seine Identitätskarte. So begann sein Leben als Sans-Papiers.

Als gelernter Maschinenschlosser arbeitete er drei Jahre in einem Industriebetrieb. Im Juli 2009 liess sich Bilal, wieder durch einen Schlepper, in die Schweiz bringen. Er arbeitete zeitweise in einer Pizzeria. Im Juni 2010 geriet er in eine Polizeikontrolle und wurde ausgewiesen. Bis er sich einen Pass besorgen konnte, kam er in Untersuchungshaft. Er sass drei Monate. Es schlossen sich drei weitere Monate Ausschaffungshaft an. Er wurde von einem Ort an den andern verlegt. Die Stationen waren Olten, Sursee, Luzern, Wauwilermoos, Basel, Schwyz.

### Strafverfügung

- Sie haben sich schuldig gemacht
  - der rechtswidrigen Einreise (ohne gültiges Ausweispapier)
  - des rechtswidrigen Aufenthaltes
  - der Ausübung einer Erwerbstätigkeit ohne Bewilligung

6

- der Fälschung von Ausweisen.

- Sie werden bestraft mit einer Geldstrafe von 160 Tagessätzen zu je Fr. 30.00. Die Geldstrafe wird bedingt ausgesprochen bei einer Probezeit von 2 Jahren.
- Sie haben die amtlichen Kosten in der Höhe von Fr. 12'465.95 zu tragen. Total zahlbar innert 30 Tagen seit Entgegennahme dieses Entscheids.
- Im Vollzugsfalle werden 113 Tage U-Haft zu Fr. 30.00 angerechnet.

Bilal stellte einen Asylantrag. Das Gesetz sieht vor, dass der Antragsteller bis zum Entscheid im Gefängnis zu bleiben hat. Das kann 3-4 Monate dauern.

Ich sagte, das wolle ich nicht. Ich wolle nicht in einer Zelle leben wie ein Tier. Ich sagte, ich habe nichts getan, ich bin bloss illegal hier. Sie dürfen mich nicht so lange ins Gefängnis setzen. Ich habe niemanden, der mich unterstützt, ich kenne niemanden, d.h. ich werde nicht verschwinden. Aber man berief sich auf das Gesetz.

**«Er gab sein Einverständnis freiwillig nach Pakistan zurückzukehren. Dafür erhielt er ein Leben in vorläufiger Halfreiheit. Und die Aussicht, dass er bei einer Abschiebung von neuem ins Gefängnis kommt, in Pakistan.»**

Er gab sein Einverständnis freiwillig nach Pakistan zurückzukehren. Dafür erhielt er ein Leben in vorläufiger Halfreiheit. Und die Aussicht, dass er bei einer Abschiebung von neuem ins Gefängnis kommt, in Pakistan.

Ich will lieber dort ins Gefängnis, wo ich etwas abzusitzen habe, als unschuldig in einem andern Land. Dort gehen die Tage ab von der Strafe, hier nicht. Das war eine schwierige Entscheidung. Ich könnte es darauf ankommen lassen hier zu bleiben, ich

würde in Nothilfe bleiben, das kann 5 bis 8 Jahre gehen. Aber ich verliere meine Gedanken, meine Kräfte, meine Produktivität. Eines Tages bin ich alt und habe die beste Zeit meines Lebens untätig hier verbracht.

Name:	Baba
Adresse:	unstet

Sie befinden sich illegal in der Schweiz. Es ist Ihre Pflicht sich heimatliche Reisepapiere zu beschaffen und damit die Schweiz sofort zu verlassen. Die erfolgte Ausreise haben Sie uns zu beweisen. Sollte die Ausreise nicht bis zum ... erfolgt sein, haben Sie sich auf diesen Zeitpunkt hin pünktlich bei uns zu melden und uns über Ihre Bemühungen betr. Reisepapierbeschaffung und Ausreise aus der Schweiz zu informieren.

Regelmässig ruft er die pakistanische Botschaft an, viermal hat er in Bern vorgesprochen. Um sich einen Pass zu besorgen, müsse er in Islamabad persönlich vorstellig werden, hiess es. Obwohl ihm die Schweizer Behörden Glauben schenken, kann er ohne gültige Dokumente nicht ausgeflogen werden. Sein Vater hat vergeblich versucht ihm einen Pass zu besorgen. Eine irre Situation. Sie kann noch Jahre dauern. Bis, vielleicht, Bilals Foto und seine Unterschrift von der pakistanischen Botschaft nach Islamabad gelangen, von dort nach Lahore, von dort in seinen Distrikt, von dort in seine Stadt. Jede Behörde lässt sich reichlich Zeit. Und anschliessend geht es denselben Weg zurück.

Er lacht. Es ist nicht Galgenhumor, sondern das Lachen eines lebenslustigen jungen Menschen. Er hat im Gefängnis Deutsch gelernt und spricht es besser als mancher, der seit Jahren in der Schweiz lebt. Ein Bett, ein Stuhl, ein Schrank und ein kleines Zimmer, hier lebt er 24 Stunden am Tag. Wenn er nicht gerade mit dem Velo unterwegs ist, vor die Stadt, dorthin, wo das Gemüse ein wenig billiger ist. Er muss mit seinen 10 Franken pro Tag haushalten, die er in Form von coop-Gutscheinen bekommt. Bei der Gruppe Asylnetz in Luzern kann er die Gutscheine gegen Geld eintauschen. Es ist noch immer praktisch ein Nichts, aber zumindest kann er entscheiden, wo er das Nichts ausgibt.

\*) Name geändert

Rudolf Bussmann, 1947 in Olten geboren, studierte Germanistik. Er lebt als freier Schriftsteller und Herausgeber in Basel, gibt Schreibkurse, macht Schreibbegleitungen, führt einen Lesezirkel. Seine letzten Werke sind der Roman Ein Duell (Arche Verlag 2006) und der Gedichtband Im Stimmenhaus (Waldgut Verlag 2008).

HANSJÖRG SCHERTENLEIB

## An Deiner Statt

Angst? Angst hab ich schon lange keine mehr, das kann ich mir nicht leisten. Das ist wahrscheinlich der grösste Unterschied zwischen euch und mir: ihr habt Angst - ich hab keine Angst. So einfach ist das. Bleibt die Frage, wovor ihr Angst habt? Davor, alles zu verlieren natürlich. Ihr habt alles, aber statt es zu geniessen, scheisst ihr euch in die Hosen vor Angst, ihr könntet es verlieren oder wir könnten es euch wegnehmen!

Ich habe viel Zeit damit vertrödel, weil ich herausfinden wollte, was ich in euren Blicken neben Angst sonst erkenne: Wut? Ablehnung? Hass? Verachtung? Zuneigung? Hoffnung? Es hat nicht lange gedauert, bis ich mir erlaubt habe, euch genauso zu verachten, wie ihr uns verachtet. Ja, ich verachte euch! Ob ich euch hasse? Nein. Oder höchstens ab und zu. Mittlerweile hab ich mich an eure Blicke gewöhnt, ich versuche nicht mehr, sie zu interpretieren, ich muss ihnen auch nicht mehr ausweichen. Sie prallen an mir ab, gehen durch mich hindurch. Wollt ihr wissen, warum? Weil ich stärker bin als ihr. Weil ich Dinge gesehen und erlebt habe, die ihr euch nicht einmal vorstellen könnt. An eure Blicke habe ich mich also gewöhnt, aber das Staunen habe ich trotzdem nicht verlernt. An einem fremden Ort bleibt einem ja nichts anderes übrig, als das Staunen. Ihr könntet die Welt auch nicht mehr verstehen, wenn ihr statt auf einer Touristeninsel in Thailand in meiner Geburtsstadt Bamboi in Ghana stehen würdet. Würden euch unsere Blicke Angst einjagen? Was würdet ihr in unseren Augen lesen? Dass wir über ganze andere Dinge staunen, liegt auf der

Hand. Hier in der Schweiz habe ich das erste Mal in meinem Leben gesehen, wie ein Mensch die Kacke seines Hundes vom Gehsteig aufgehoben und in eine Plastiktüte gesteckt hat. Die Frau war alt, sie trug ein elegantes Kleid und konnte kaum gehen. Den Blick ihres Hundes werde ich nie mehr vergessen. Hätte ich der Frau erzählen sollen, dass ich Hunde gegessen habe auf meinem langen Weg in ihr Land? Hunde, die wir mit Steinen erschlagen und dann auf dem Feuer gebraten haben. Eure Metzgereien riechen wie Apotheken, es sind Metzgereien für Vegetarier. Eure Alten sind angezogen wie Teenager. Eure Wohnzimmer sehen aus wie Musterzimmer in Möbelgeschäften. Eure Stimmen sind entweder zu laut und rechthaberisch oder zu leise und verlogen. Viele eurer Frauen sehen aus, als würden sie gleich weinen. Viele eurer Männer sehen aus, als würden sie gleich schreien. Viele eurer Kinder sehen aus, als gehöre ihnen die Welt. Man kann sich an vieles gewöhnen, offensichtlich auch an Reichtum und daran, dass es einem gut geht. Nein, wir leben nicht in der gleichen Welt, da nützt das ganze gut gemeinte Geschwätz von wegen 'wir sind alle gleich' nichts.

Wir sind nicht alle gleich.

Zum Glück.

Ich möchte gar nicht sein, wie ihr seid.

An einem Grillfest von einer Organisation, die sich um uns kümmert, hat mir ein weisser Mann in meinem Alter mit kahlrasiertem Kopf und Hornbrille erklärt, was das Problem von Afrika ist. Wir Afrikaner sind das Problem von Afrika, hat er mir erklärt. Der Mann hat die ganze Welt gesehen, in Afrika war er auch, in Kapstadt. Dass Südafrika und Ghana etwa soviel miteinander zu tun haben wie die

Schweiz und Polen, hat ihn nicht interessiert. Er hat mir dauernd die Hand auf den Arm gelegt, der Blick seiner Frau hat mir verraten, dass er auch ihr Vorträge hält und ihr nicht zuhört. Bei den meisten von euch sieht man sofort, warum ihr euch mit uns unterhaltet. Weil ihr ein schlechtes Gewissen habt. Weil ihr alles besser wisst und uns die Welt erklären wollt – auch unsere Welt, von der ihr nichts wisst. Und ihr redet mit uns, weil ihr unglücklich seid. Unglücklich und einsam, weil ihr eure Eltern in teure Altersheime abschiebt und eure Kinder in Klavier- und Tennisstunden.

Meine Reise zu euch war natürlich keine Reise, sondern eine Flucht. Sie hat mehr als neun Monate gedauert. 187 Tage. 4488 Stunden. Ghana. Togo. Benin. Nigeria. Niger. Algerien. Marokko. Spanien. Frankreich. In Arlit in Niger hat mich ein Mann mit einem Messer am linken Arm verletzt, weil ihm mein Arsenal-Shirt gefiel. In Tamanrasset in Algerien lebte ich elf Wochen in einem Lager am Rand der Stadt in der Wüste, ein Geist unter anderen Geistern. Dort habe ich gelernt, unsichtbar zu sein und mit der Welt zu verschmelzen, in der ich mich befinde. Ich bin der Mann, der im Bild verschwindet. Darum findet mich keiner, nie mehr. Die Wüste ist das Schönste, was ich je gesehen habe. Und sie ist der schrecklichste Ort, den ich mir vorstellen kann. Ich hätte nie gedacht, dass ich die Sonne hassen könnte.

Über die Zeit im Asylzentrum Juch rede ich nicht.

Ich will nicht jammern. Ich will mich nicht beklagen.

Ich bin untergetaucht, weil man mich irgendwann ausgeschafft hätte. Zurückgebracht nach Ghana. Das geht nicht. Ich muss hier bleiben.

Ich lebe.

Ich staune und lebe.

Ich träume und lebe.

George W. 31, aus Bamboi in Ghana. Lebt irgendwo im schweizerischen Mittelland.  
Hansjörg Schertenleib, 54, lebt in Irland und in Suhr im schweizerischen Mittelland.



SUZANNE ZAHND

## Negativ. Catastrophe.

Ein Musikvideo flimmert über den Bildschirm. Aziz räkelt sich lasziv in seidenen Laken, ein Meister der Travestie. In Bulgarien und den umliegenden Ländern ist der Sänger ein Superstar. Nach Ausschreitungen von homophoben Schlägern bei einem seiner Konzerte in Mazedonien, verkündete Aziz, er wol-

le niemals mehr in dieses schreckliche Land zurückkehren. «Genau wie ich», sagt M anfang Juli in seiner Wohnstube im schweizerischen Mittelland. Nur: M soll in wenigen Tagen nach Skopje fliegen, ansonsten wird er als Illegaler in Ausschaffungshaft genommen.

Mazedonien ist laut dem Schweizerischen Bundesamt für Migration ein «safe country». M sieht das ein wenig anders. Er hat Angst vor seinem gewalttätigen Vater dort und fürchtet nebst der Homophobie auch den Rassismus. Die verschiedenen Ethnien, fast alle Muslime verschiedener Ausprägung, sprechen sich gegenseitig den wahren Glauben ab. Auf der untersten Stufe der Hackordnung stehen die Roma und damit M. Er ist ein zierlicher, effeminierter junger Mann mit dunklen, feuchten Augen und enorm langen, seidigen Wimpern. M ist 26 Jahre alt, wirkt aber gleichzeitig jünger und älter. Jünger, weil er eine sehr naive Seite hat. Älter, weil sich die permanente Anspannung als Paria, der er auch hier als Asylsuchender ist, in seinem Körper niedergeschrieben hat. Seine Muskulatur ist für sein Alter ungewöhnlich steif, die Haltung gebückt und ein Tremor lässt seine Hände beben. Vielleicht liegt es auch an den Psychopharmaka, die er seit einigen Monaten bekommt. Ein «gesunder junger Mann» sei M, steht im Asylentscheid geschrieben, weswegen nichts gegen seine Rückschaffung spreche.

In Ms ehemaliger Heimat nahe der bulgarischen Grenze gibt es kaum asphaltierte Strassen und im Sommer kein Wasser. Auf dem Hof seines Grossvaters züchten der Vater und seine zwei Brüder Schafe und bauen etwas Tabak an. Sie leben mit ihren Frauen und Kindern dort, die Verhältnisse sind äusserst beengt. Die Familie leidet unter den Gewaltausbrüchen des alkoholkranken Vaters. M absolviert 8 Jahre Primarschule. Als er in die Oberstufe kommt, wird der mädchenhafte M immer massiver gehänselt. Die Familie kommt deswegen unter Druck, also bricht er die Schule ab. Immer wieder wird er gefragt, ob er schwul sei. Er verneint. Im nahegelegenen Städtchen macht er derweil heimlich seine ersten sexuellen Erfahrungen. Eine davon endet mit einer brutalen Vergewaltigung durch zwei Typen, die ihn erst höflich zum Kaffee eingeladen hatten. M spricht mit niemandem darüber, schon gar nicht mit der Polizei, von der er nichts Gutes erwarten kann. Er schleppt sich nach Hause zurück und verleugnet weiterhin das Offensichtliche. M geht kaum mehr aus dem Haus, weil er mittlerweile auf offener Strasse bedroht wird. Er bekommt psychische Probleme. Mit einem verheirateten Mann, der seine Homosexualität auch nicht offen leben kann, hat M ab

und an Sex. Ms Vater erwischt die beiden in flagranti im Auto. Er droht M, ihn zu töten. Dieser geht nicht mehr nach Hause. Sein Sexpartner gibt ihm etwas Geld für die Flucht.

Die ersten beiden Monate verbringt er in einem unterirdischen Verfahrenszentrum in Basel. Mittlerweile teilt er mit drei anderen Asylsuchenden eine vom Sozialamt finanzierte Wohnung in einer nahegelegenen Kleinstadt. Die Sozialarbeiterinnen seien immer sehr höflich gewesen, aber seit er den negativen Entscheid habe, seien sie merklich abgekühlt. M spricht passabel Deutsch, was man im Alltag halt so braucht. Wenn der deutsche Wortschatz nicht ausreicht oder wenn die Anspannung zu gross wird, fällt er in seine Muttersprache. Der Übersetzer muss oft zweimal nachfragen, um sicher zu gehen, dass er alles richtig begriffen hat. Er sagt, M sei sehr schwer zu verstehen, da sein Dialekt stark bulgarisch gefärbt sei. Auch der Übersetzer beim Interview des Migrationsamtes sprach reines Mazedonisch. Es gab dieselben Verständigungsschwierigkeiten, sagt M.

Die Begründung der Ablehnung seines Asylbegehrens umfasst mehrere Seiten, auch die kann M nicht vollumfänglich verstehen, aber die Botschaft ist klar: «Negativ. Catastrophe.» Das Dokument liest sich auch ein bisschen wie Literaturkritik. Eine «*stereotype und detailarme Erzählung*» habe M beim Interview geliefert. Als ob Homophobie in zahlreichen Spielarten daherkommen würde. Als ob Vergewaltigungsoffer normalerweise nicht müde würden, das Erlittene in allen Einzelheiten zu umschreiben. «*Aufgrund der unsubstantiierten Schilderungen können die Vorbringen des Gesuchstellers nicht geglaubt werden.*» Negativ, Catastrophe.

M hatte noch nie einen Freund, dabei wünscht er sich nichts so sehr wie eine romantische, offen gelebte Liebesbeziehung. Er möchte arbeiten und das Geld dann mit seinem Freund teilen, sagt er. Ausserdem möchte er Pate von zwei Mädchen werden. Wenn er von seinen Träumen spricht, erhellt ein Lächeln sein Gesicht und sein ganzer Körper richtet sich auf. Einen Moment lang kann man sich tatsächlich vorstellen, dass M ein gesunder junger Mann sein könnte.

Suzanne Zahnd lebt und arbeitet als freie Autorin und Musikerin in Zürich. Sie schreibt vor allem fürs Theater, aber auch Prosa oder Texte für die spoken-word-Bühne und verfasst journalistische Arbeiten. Daneben betreibt sie eine Yogaschule.

## KURZ UND KLEIN

DIE BUNKERSTRATEGIE

### Weit weg von der Zivilisation

Die beiden Berggemeinden Medel und Sufers im Kanton Graubünden haben grünes Licht für geplante Asylzentren gegeben. So werden in Medel ab nächsten Frühling und in Sufers bereits diesen Herbst jeweils 100 Asylsuchende für drei bis vier Wochen – dies ist zumindest vorgesehen – in ehemaligen Militäranlagen einquartiert. Was für das Bundesamt für Migration BFM als Erfolg betrachtet wird, ist für die Asylsuchenden eine eher triste Angelegenheit. Die Militärunterkünfte befinden sich abseits der Siedlungen. Dadurch wird der Kontakt mit BewohnerInnen erschwert und die totale Isolation ist die Folge. Dazu kommt, dass die Gemeinden selbst völlig abgelegen und sehr klein sind. In Sufers leben 134 Personen, in Medel schaffen es die Einwohner auf die stolze Zahl von 500. Bei den geplanten Unterkünften handelt es sich um unterirdische Unterbringungen. Zu Recht halten VertreterInnen der Bündner Asylorganisationen die geplanten Zentren für menschenunwürdig. Eine unterirdische Unterbringung komme einem Gefängnis nahe, erst Recht in Verbindung mit solch einem Standort. Dieser wird die ohnehin schon beschränkte Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden noch mehr einschränken, da die 13 Franken, die die Asylsuchenden täglich vom Kanton bekommen, nicht einmal für ein Busticket ausreichen. Ein Einweg-Ticket nach Thusis zum Beispiel, der Nachbargemeinde von Sufers mit immerhin 3000 Einwohnern, kostet allein 13.20 Franken. Sollte die geplante «Nothilfe für alle» nach dem Nationalrat auch vom Ständerat unterstützt werden, so würde sich die Situation für die Betroffenen noch einmal verschärfen. Medel und Sufers sind keine Einzelfälle: Menschen zu isolieren und ihre Grundrechte wie Menschenwürde zu beschneiden ist Teil der restriktiven Praxis der Bundesbehörden.

(Ka)

MIGRATIONSPARTNERSCHAFT  
ABGESCHLOSSEN

### Erleichterte Ausschaffung von abgewiesenen Asylsuchenden aus Tunesien

Die Migrationspartnerschaft zwischen der Schweiz und Tunesien ist besiegelt: am 11. Juni 2012 wurde ein Rückübernahmeabkommen von Justizministerin Sommaruga

und dem tunesischen Aussenminister Abdessalem unterzeichnet. Das Abkommen soll die freiwillige Rückkehr von abgewiesenen Asylsuchenden fördern. So sollen einerseits die Rückflugkosten vom Bund übernommen und andererseits eine Starthilfe in Tunesien selbst zur Verfügung gestellt werden. Das Rückübernahmeabkommen hat aber vor allem eines zum Ziel: die Vereinfachung unfreiwilliger Ausschaffungen. Tunesien verpflichtet sich in diesem Abkommen, abgewiesene Asylsuchende rasch – das heisst innerhalb von 20 Tagen – und formlos aufzunehmen. Auch sollen Personen aufgenommen werden, die über keine Papiere verfügen, aber bei denen davon auszugehen ist, dass es sich um TunesierInnen handelt. Biometrische Daten wie Fingerabdrücke aber auch Zeugenaussagen und sogar eine Sprachanalyse sollen die tunesische Herkunft beweisen. Zusammengefasst heisst das: Tunesien soll ohne wenn und aber die nötigen Papiere für eine Ausschaffung liefern. Die Rückkehrhilfe in dieser Migrationspartnerschaft dient lediglich dazu, das Abkommen positiver darzustellen, als es in Wirklichkeit ist. Zudem sind die Wenigsten der tunesischen Asylsuchenden bereit, die 1 000 Franken und eine Rückkehr zu akzeptieren, da sie vor allem vor der Arbeitslosigkeit – deren Quote aktuell bei 18% liegt – und der dadurch fehlenden Perspektive aus ihrem Land geflohen sind. Anstatt die Ausbildung von tunesischen Grenzwächtern zu unterstützen sollte Frau Sommarugas Departement lieber die restriktive Zulassungspolitik der Schweiz überarbeiten, um den Menschen eine richtige Perspektive zu eröffnen.

(Ka)

UMSETZUNG DER  
AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE

## Menschenrechte nur noch als Ausnahme

Ende Mai hat der Bundesrat gleich zwei Varianten für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in die Vernehmlassung geschickt. Während heute die Wegweisung straffälliger AusländerInnen im Ausländergesetz geregelt ist, setzen die beiden Varianten nun auf das Strafrecht und wollen die vor nicht allzu langer Zeit abgeschaffte Landesverweisung wieder einführen.

Variante 2 entspricht dabei am deutlichsten den Vorstellungen der SVP. Zentral ist dabei ein Deliktatalog, der von der vorsätzlichen Tötung bis hin zum «Sozialhilfemissbrauch» reicht – einer Strafbestimmung, die eigens neu eingeführt werden muss. Die Landesverweisung muss danach «unabhängig von der Höhe der Strafe» vom

Gericht oder der Staatsanwaltschaft angeordnet und von den kantonalen Fremdenpolizeien «unverzüglich» nach der Verurteilung (im Falle von bedingten oder von Geldstrafen) oder nach dem Verbüssen der (Haft-)Strafe vollzogen werden. Dabei wird eigens betont, dass die Ausschaffung dem «nicht-zwingenden» Völkerrecht vorgehe. Als einziges Hindernis bleibt das Verbot der Ausschaffung in einen Staat, in dem dem Betroffenen Tod oder Folter droht. Die Ausschaffung soll dann aber nur «vorübergehend aufgehoben» werden.

Variante 1 behauptet dagegen das Völkerrecht und die Verhältnismässigkeit zu respektieren. Das Non-Refoulement-Prinzip ist zwar deutlicher formuliert und die Gerichte scheinen mehr Spielraum zu haben. Der hier vorgesehene Deliktatalog unterscheidet sich jedoch nicht wesentlich von der SVP-Variante. Im Falle einer Verurteilung zu weniger als sechs Monaten Haft oder 180 Tagessätzen Geldstrafe kann das Gericht eine Landesverweisung anordnen. Bei Strafen über dieser Grenze darf es von der Landesverweisung nur noch «ausnahmsweise» absehen, wenn der Betroffene «in seinen persönlichen Rechten, die von internationalen Menschenrechtsgarantien geschützt werden, in schwerwiegender Weise verletzt würde». Wenn eine Landesverweisung bereits nach einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen obligatorisch ausgesprochen werden soll, wird die Rede von der Verhältnismässigkeit zum reinen Gelabere.

(Bu)

DAS DEUTSCHE  
BUNDESVERFASSUNGSGERICHT ZUR  
NOTHILFE

## «Menschenwürde migrationspolitisch nicht relativierbar»

«Die Höhe der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist evident unzureichend, weil sie seit 1993 nicht erhöht worden ist.» So lautet der erste Leitsatz einer Grundsatzentscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli dieses Jahres. Die Argumente des Gerichts sind auch für die Schweiz interessant. Schliesslich geht es um das «Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums», welches das Gericht aus der Menschenwürde herleitet und das dem Recht auf Nothilfe in Art. 12 der schweizerischen Bundesverfassung entspricht.

Aus diesem Grundrecht ergebe sich nicht nur der Anspruch auf die Sicherung der physischen Existenz, sondern auch auf die der «Möglichkeit der Pflege zwischen-

menschlicher Beziehungen und eines Mindestmasses an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben». Da das Grundrecht ein Menschenrecht ist, steht es nicht nur Deutschen zu, sondern «gleichermassen» ausländischen StaatsbürgerInnen, die sich in der BRD aufhalten. Eine Differenzierung nach dem Aufenthaltsstatus sei «nur möglich, sofern deren Bedarf an existenznotwendigen Leistungen von dem anderer Bedürftiger signifikant abweicht und dies folgerichtig in einem inhaltlich transparenten Verfahren anhand des tatsächlichen Bedarfs gerade dieser Gruppe belegt werden kann.» Das Bundesverfassungsgericht schliesst damit unterschiedliche Ansätze der Grundsicherung für Deutsche und AusländerInnen zwar nicht grundsätzlich aus, verlangt aber immerhin eine klare Begründung.

Bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung gelten für Asylsuchende nun im Wesentlichen die üblichen Sozialhilfesätze («Arbeitslosengeld II», auch bekannt als «Hartz IV»).

(Bu)

Das Urteil: <http://bit.ly/NEenpr>

Näheres von Proasyl: <http://bit.ly/LOiUjT>

BOATS 4 PEOPLE

## Erste Reise ein voller Erfolg

Das internationale Bündnis «Boats 4 People», das genau vor einem Jahr im Rahmen der jährlich stattfindenden, von der ARCI (*Associazione Ricreativa e Culturale Italiana*) organisierten, antirassistischen Tage in Cecina gegründet wurde, hat seinen ersten Einsatz beendet. Das Schiff Oloferne, das von der Assoziation Nave di Carta zur Verfügung gestellt wurde, startete am 2. Juli 2012 ab Cecina in Richtung Tunesien um schliesslich am 19. Juli in Lampedusa, am Hafen der Festung Europas, seine Reise zu beenden.

Die folgenden Ziele wurden verfolgt: das reelle Dispositif der Kontrollen auf See beobachten; die Zivilbevölkerung informieren; die gängige Praxis, die in Seenot geratenen Schiffe sich selbst zu überlassen, anzuprangern; ein Solidaritätsnetzwerk von SeefahrerInnen, Organisationen und AktivistInnen aufbauen, das sich für die Menschenrechte von MigrantInnen auf See einsetzen soll.

Jede Etappe beinhaltete Informationsveranstaltungen, Gedenkfeiern für die Toten und Vermissten, Treffen mit den verschiedenen Organisationen und Sammlung von Informationen. Die Hilflosigkeit der Fami-

## KURZ UND KLEIN



lienangehörigen von Vermissten, die Angst der SeefahrerInnen vor einer gerichtlichen Verfolgung für jegliche Hilfeleistung für MigrantInnen und der Ablauf von Kontrollen auf dem Mittelmeer wurden beobachtet. Parallel zur Reise kam es in Städten wie Paris, Amsterdam, Calais, Strassburg, Frankfurt, Hamburg und Tillburg zu solidarischen Aktionen. Das Sterben auf See geht jedoch weiter: das Team wurde noch auf der Fahrt über das Verschwinden von mehr als 100 MigrantInnen informiert.

Das Team wird seine Aktionen weiterführen. Geplant sind die Errichtung einer Plattform für AkteurInnen und die Erfassung der Todesfälle auf See durch das Projekt «Watch The Med». Ein Rechtsstreit wegen unterlassener Hilfeleistung (Strafanzeige wurde in Frankreich bereits eingereicht) ist hängig. Zudem nahmen Boats 4 People und auch Flüchtlinge des Flüchtlingslagers Choucha am Vorbereitungstreffen für das Weltsozialforum teil, das 2013 in Tunesien stattfinden wird.

Zur Unterstützung des Projekts:  
[www.boats4people.org](http://www.boats4people.org)

Marie Martin, Statewatch

FINGERABDRÜCKE AUCH FÜR DIE POLIZEI

### Neues von Eurodac

Eurodac, die EU-weite Datenbank für die Fingerabdrücke von Asylsuchenden soll künftig auch von den Polizei- und Strafver-

folgungsbehörden der Mitgliedsländer und der assoziierten Staaten (darunter die Schweiz) abgefragt werden können. Entsprechende Überlegungen gab es schon,

**«Menschen zu isolieren und ihre Grundrechte wie Menschenwürde zu beschneiden ist Teil der restriktiven Praxis der Bundesbehörden.»**

seitdem das Informationssystem im Jahre 2003 eingerichtet wurde, erste konkrete Vorschläge seit 2008. Im Juni dieses Jahres präsentierte die EU-Kommission einen neuen Verordnungsentwurf, der vom Ministerrat und vom EU-Parlament angenommen werden muss.

Eurodac ist heute das technische Rückgrat der Dublin-Regelung. Stellt ein Flüchtling in einem der angeschlossenen Staaten ein Asylgesuch, dann werden seine Fingerabdrücke sofort in dem System gespeichert und mit den bereits vorhandenen Fingerabdruckdaten abgeglichen. Sind die Daten bereits in dem System erfasst, kann die betroffene Person ohne grosse Formalitäten in den «Erstasylstaat» zurückgeschafft werden. Die Daten von Asylsuchenden werden zehn Jahre lang gespeichert, die von Perso-

nen, die bei der «illegalen» Einreise aufgegriffen werden, zwei Jahre lang. 2011 waren die Daten von rund 1,7 Mio. Personen erfasst.

Der Abgleich von Fingerabdrücken soll nun auch für die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden der beteiligten Staaten sowie für Europol erlaubt werden – und zwar zur Ermittlung oder Prävention von «terroristischen und anderen schweren Straftaten». Ähnlich wie beim Visa-Informationssystem VIS, das im Oktober letzten Jahres ans Netz ging, werden hierfür zentrale nationale Zugangsstellen eingerichtet.

Spätestens zwei Jahre nach der Annahme durch die EU-Gremien muss auch die Schweiz die Verordnung übernehmen.

(Bu)

## IMPRESSUM

**BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

erscheint viermal jährlich

**Auflage dieser Ausgabe:**  
3050 deutsch / 650 französisch  
**Beglaubigte Auflage WEMF:**  
2875 deutsch / 568 französisch

**Gestaltung und Satz:** Yan Rubin, Genève  
**Druck und Versand:** grafica e stampa, spescha und grünenfelder, Ilanz  
**Redaktion:** Heiner Busch (Bu), Moreno Casasola (Ca), Meral Kaya (Ka), Gisela Grimm  
**Übersetzungen:** Olivier von Allmen  
**Lektorat:** Sosf  
**Fotos:** Anne Bichsel, Dinu Gautier, Bleiberecht Schweiz

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:** 8. Oktober 2012  
Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu kürzen

**Mitgliederbeitrag 2012 inkl. Abo:**  
70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare / Fr. 30.– Nichtverdienende / 120.– Organisationen  
**Abo: Einzelpersonen 30.– / Organisationen 50.–**

**Herausgeberin:**  
Solidarité sans frontières,  
Schwanengasse 9, 3011 Bern  
(Zusammenschluss AKS/BODS)  
**Fon 031 311 07 70**  
**Fax 031 312 40 45**  
**sekretariat@sosf.ch**  
**www.sosf.ch**  
**PC-Konto 30-13574-6**

## ANZEIGE



spescha e grünenfelder

composizion creazion squetsch

städtlistrasse 18 • 7130 glion/ilanz  
tel. 081 925 20 44 • fax 081 925 30 63  
[www.spegru.ch](http://www.spegru.ch) • [info@spegru.ch](mailto:info@spegru.ch)

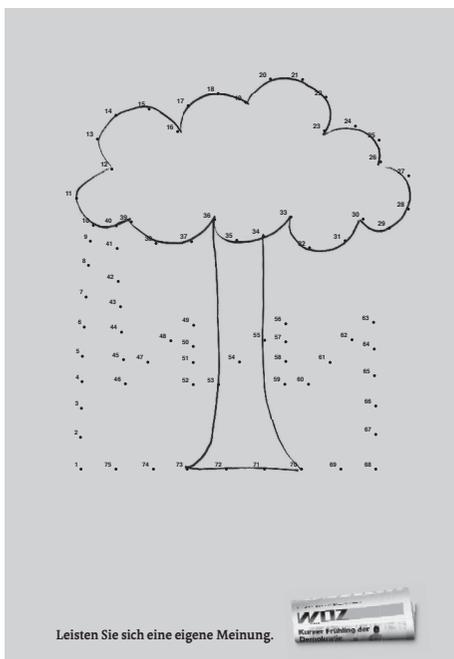
ZUR SITUATION ILLEGALISierter  
HAUSARBEITERINNEN

## Wisch und weg

Laut der neuen Studie «Wisch und Weg» ist in jedem 17. Haushalt in Zürich eine Frau angestellt, die über keine gültigen Aufenthaltspapiere verfügt. Die mehrheitlich aus Lateinamerika stammenden Hausarbeiterinnen migrieren vor allem aufgrund von materieller Bedürftigkeit. Sie erhoffen sich in der Schweiz eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation oder derjenigen ihrer Familie, die sie in ihrem Herkunftsland zurücklassen. Aufgrund der Reduzierung der staatlichen Leistungen sowie der doppelten Erwerbstätigkeit in Haushalten wird in der Schweiz seit längerem eine zunehmende Beschäftigung von Sans-Papiers im Hauswirtschafts- und Care-Bereich beobachtet. Für die Arbeitgeber lohnt sich das Business: die Migrantinnen können selbst keine Sozialleistungen beziehen und gewährleisten gleichzeitig Reproduktionsleistungen in schlecht bezahlten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, die sie aufgrund ihres irregulären Status einzugehen gezwungen sind.

Die Studie zeigt die Nachfrage nach illegalisierten Migrantinnen als billige und flexible Arbeitskräfte schonungslos auf. Die Politik der vollständigen Abschottung wird als Farce enttarnt, da v.a. die Grossstädte auf Zuwanderung im unqualifizierten Bereich angewiesen sind. Interessant ist, dass Hausarbeit sexualisiert bleibt, aber zusätzlich entlang von Ethnizität und sozialem Status organisiert wird. Die herrschende

## ANZEIGE



geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Zuteilung der Frauen in die Reproduktionssphäre bleibt weiterhin bestehen. Die Emanzipation der arbeitenden Ehefrau und Mutter wird so auf dem Rücken der Migrantinnen vollzogen. Zu Recht hält die Studie fest, dass mit einmaligen Regularisierungen die Problematik bei weitem nicht gelöst sei, vielmehr müsste generell das herrschende Ausländergesetz politisch bekämpft werden.

(Ka)

**Knoll, Alex; Schilliger, Sarah; Schwager, Bea: Wisch und weg! Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zwischen Prekarität und Selbstbestimmung, Zürich: Seismo Verlag, 2012, 192 S., CHF 38,00**

(UN-) SICHTBARE GRENZEN

## Eine Bildergeschichte

Francesca Falk hat ein verstörendes Buch geschrieben, das sich – wie sie selber sagt – «auf der Grenze zwischen Geschichtswissenschaft, Bildanalyse und Politischer Theorie» bewegt. Sie rührt dabei an scheinbar Selbstverständliches: Zur staatlichen Herrschaft und zu ihrer notwendigen Beigabe, den Grenzen, scheint es heute keine Alternative zu geben. Dennoch ist klar, dass sie über die Jahrhunderte hinweg nicht nur mit Gewalt eingebläut, sondern auch legitimiert werden mussten und müssen. Dass der Liberalismus und sein Versprechen der (Bewegungs-)Freiheit an den Grenzen sein Ende findet, versteht sich eben nicht von selbst. Falks Buch beschäftigt sich mit den Bildern der Grenze und der Ausgrenzung. Die geschichtliche Spannweite ihrer Analyse reicht von Locke und Hobbes, den Klassikern der bürgerlichen Staatsphilosophie, bis zu aktuellen migrationspolitischen Themen. Sie zeigt dabei nicht nur, wie Grenzen mithilfe von Bildern legitimiert und «evident» gemacht werden, sondern auch wo Grenzen unsichtbar durch die gesellschaftliche Normalität verlaufen oder aus der öffentlichen Wahrnehmung heraus gerückt werden: Sans-Papiers und ihre Ausgrenzung sind nicht sichtbar. Bilder von gewaltsamen Ausschaffungen sorgen, wenn sie sichtbar werden, für Skandale.

Francesca Falks Buch ist zwischenzeitlich nicht einfach zu lesen, aber die Lektüre lohnt sich allemal.

**Francesca Falk: Eine gestische Geschichte der Grenze. Wie der Liberalismus an der Grenze an seine Grenzen kommt, München (Wilhelm Fink Verlag) 2011, 192 S., CHF 32,90**

(Bu)

NACH AUSSEHEN UND HAUTFARBE

## Willkürliche Polizeikontrollen

Manchmal ist es wichtig, auch Dinge zu wiederholen, die eigentlich längstens bekannt sind. Die «Justice Initiative» des «Open Society Institutes» hat dies am Beispiel der polizeilichen Identitätskontrollen getan. Der Befund lautet: ImmigrantInnen, Angehörige ethnischer Minderheiten oder jugendlicher Subkulturen werden viel häufiger angehalten, durchsucht und überprüft als Menschen aus der weissen Mehrheitsgesellschaft Europas. Das liegt nicht an ihrer besonderen «kriminellen Energie», die Polizeien und ihre Dienstherren regelmässig als Begründung vorschieben, sondern schlicht und einfach an ihrem Aussehen. Sie sind «sichtbare Minderheiten», die sich durch Hautfarbe, Kleidung und Lebensstil unterscheiden.

In Paris hat eine Equipe unter Leitung der Soziologen Fabien Jobard und René Lévy die polizeiliche Kontrollpraxis am Gare du Nord und rund um die Metrostation Chatelet unter die Lupe genommen: Schwarze und «Araber», Punks und Hippoopper waren hier die beliebtesten Kontrollobjekte der Polizei.

In Ungarn, Bulgarien und Spanien haben die ForscherInnen mit Leuten aus Polizeibehörden zusammengearbeitet. Hier zeigten sich ähnliche Verhaltensweisen der Polizei – in Ungarn beispielsweise gegenüber Roma, in Spanien insbesondere gegen Marokkaner. Deutlich wurde aber auch, dass dort wo PolizistInnen ihre Kontrollen erfassen und ihren Verdacht gegen die Betroffenen begründen mussten, nicht nur die Zahl der Kontrollen abnahm, sondern auch deren Ungleichgewichtigkeit.

In Frankreich scheint der neue Innenminister Manuel Valls bereit, eine Forderung der WissenschaftlerInnen aufzugreifen, nämlich den Kontrollierten eine Quittung über die Kontrolle auszustellen und anonymisierte Statistiken anzufertigen. Die Polizei und ihre Standesorganisationen haben bereits Zeter und Mordio geschrien. Bleibt abzuwarten, ob Valls durchhält.

**Open Society – Justice Initiative (Ed.): Police et minorités visible: Les contrôles d'identité à Paris, New York 2009, 80 Seiten, französisch oder englisch, gratis download unter <http://bit.ly/zEUUD>**

**Und: Addressing Ethnic Profiling by Police. A Report on the Strategies for Effective Police Stop and Search Project, New York 2009, 100 Seiten, englisch, gratis download unter <http://bit.ly/QNjnnC>**

(Bu)

# «Gewalt zieht sich durch meine Familiengeschichte»

Meral Kaya interessiert sich für Leute am unteren Rand der Gesellschaft. Neben ihrem Praktikum bei Solidarité sans frontières arbeitet sie in einer Notschlafstelle, wo die Folgen der Wirtschaftskrise deutlich zu spüren sind.



Die Frau mit dem schwarzen Stirnband, dem warmen Lächeln und dem Basler Dialekt heisst Meral Kaya. Die Schweizerin mit kurdischen Wurzeln ist Historikerin. Das Geschichtsstudium habe sie gewählt, «um die Gegenwart besser zu verstehen», sagt Kaya – und spielt dabei auch auf die eigene Familiengeschichte an. Ihre Lizarbeit hat sie zur Geschichte der Kurden in der zur Türkei gehörenden Provinz Dersim verfasst. Dort war ihr Vater, ein Lehrer, nach dem Militärputsch 1980 von Militärs eingesperrt und gefoltert worden. «Meine Grossmutter hat als Kind gar ein Massaker überlebt. Die erlebte Gewalt zieht sich durch meine Familiengeschichte», sagt Kaya.

Der Vater flüchtete nach seiner Haftentlassung in die Schweiz. Meral Kaya's Mutter und ihre drei älteren Geschwister reisten später illegal nach. Die heute 29-jährige Kaya ist dann in der Schweiz geboren. Sie wuchs im baselländlichen Birsfelden auf.

Schon früh begriff sie, dass Entscheidungen, die in der Politik gefällt werden, einen konkreten Einfluss auf ihr Leben haben: «Ich begleitete meinen Vater häufig zur Fremdenpolizei. Und ich verstand als Kind nicht, wieso wir nicht in die Türkei reisen konnten», so Kaya.

Ihre eigene Politisierung hatte mit erlebter Diskriminierung zu tun: In der Primarschule wollte man sie mit allen ausländischen Kindern in einen Deutschkurs stecken - «obwohl ich gut Deutsch konnte». Später gab es Lehrer, die sagten, sie gehöre nicht ins Gym-

nasium - «obwohl ich den Notenschnitt hatte». Und die Polizei, die gehe härter vor, wenn sie es nicht mit Schweizer Jugendlichen zu tun habe, sagt Kaya, die als Teenagerin Teil der antirassistischen Bewegung in Basel wurde und sich auch für die globalisierungskritische Bewegung zu interessieren begann.

Heute interessiert Sie sich vor allem für Leute, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weit unten sind – aus einem ausgeprägten Ungerechtigkeitsempfinden und aus Neugier den Menschen gegenüber. In Lausanne, wo Kaya seit vier Jahren wohnt, arbeitet sie in einer Notschlafstelle. «Platz hat es für 25 Leute, meistens stehen doppelt so viele vor Türe.» Die Wirtschaftskrise sei zu spüren, seit etwa zwei Jahren kämen immer mehr Leute, so dass jetzt ein Rotationsprinzip angewendet werde, damit alle mal drinnen schlafen können. «Sans-Papiers dürfen wir theoretisch keinen Schlafplatz anbieten – wir haben aber durchgesetzt, dass keine Ausweiskontrollen stattfinden», sagt Kaya.

Die Arbeit bei Sosp ist von anderer Natur: Meral Kaya hat bei den Vorbereitungen für die Asyldemo vom Juli mitgeholfen, schreibt fürs Bulletin, erledigt Korrespondenz und betreut die Homepage. Nach dem Praktikum will sie aber wieder auf die Strasse: In Basel hat sie sich bei der Anlaufstelle für Sexarbeiterinnen und Drogenabhängige beworben. ☘

Dinu Gautier

## Gesamt-schweizerisches Koalitionstreffen

Nach der Debatte im Ständerat steht die Asylgesetzrevision kurz vor der Verabschiedung. An diesem Koalitionstreffen diskutieren und beschliessen wir konkrete Gegenmassnahmen und Alternativprojekte, inklusive der Frage nach dem Referendum.

Thema: Asylgesetzrevision / Gegenmassnahmen

Datum: 22. September 2012

Ort: Haus der Begegnung, Bern

Alle Infos unter: [www.asyl.ch](http://www.asyl.ch) | [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

## Bleiberechtig-Demo

Die Stimmung in der Schweiz wird zunehmend fremdenfeindlich. Asylsuchende werden gezielt schikaniert und es wird gegen sie aufgehetzt. In Luzern wurde eine Ausgangssperre für Asylsuchende ab 22:00 Uhr beschlossen. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrer Religion öffentlich angeprangert und schikaniert. Deshalb regt sich in Luzern nun politischer Widerstand – die Demo vom 6. Oktober wird den Auftakt bilden!

Datum: Samstag, 6. Oktober 2012

Ort: Luzern

Alle Infos unter: [www.lagota.ch](http://www.lagota.ch)

